

Deutsche unten & Russen draußen halten

Der Zweck der NATO: „Die Amerikaner drinnen, die Russen draußen und die Deutschen unten zu halten“ – ein Ausspruch, der Lord Hastings Ismay, dem Generalsekretär der NATO 1952-1957, zugeschrieben wird.

Diana Johnstone

Antikriegshaltung in Deutschland kriminalisiert

Teile und herrsche – das ist das ewige Gesetz des Imperiums.

Vor allem darfst du nicht zulassen, dass sich andere Großmächte zusammentun. Sie sollen sich gegenseitig an die Kehle gehen. Vor einem halben Jahrhundert, als er in dem nicht zu gewinnenden Vietnamkrieg feststeckte, befolgte Präsident Richard M. Nixon Henry Kissingers Rat, die Beziehungen zu Peking zu öffnen, um die Spaltung zwischen der Sowjetunion und China zu vertiefen.

Aber welche Großmächte, und wann? Die Prioritäten haben sich offensichtlich verschoben. Vor acht Jahren definierte George Friedman, Amerikas einflussreichster privater geostrategischer Analyst, die derzeit vorherrschende US-Priorität *divide et impera*, die in der Ukraine zum Tragen kommt.

„Das Hauptinteresse der USA sind die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland, denn gemeinsam sind sie die einzige Kraft, die uns bedrohen könnte“, erklärte Friedman.

Russlands Hauptinteresse war immer, eine neutrale Pufferzone in Osteuropa zu haben. Das Ziel der USA ist es jedoch, einen feindlichen Cordon sanitaire von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer zu errichten, als endgültige Barriere, die Russland von Deutschland trennt.

„Russland weiß das. Russland glaubt, dass die USA beabsichtigen, die Russische Föderation zu zerschlagen“, sagte Friedman und fügte scherzhaft hinzu, er glaube, dass die Absicht nicht darin bestehe, Russland zu töten, sondern es nur leiden zu lassen.

In einer Rede vor einer elitären Gruppe in Chicago am 13. April 2015 wies Friedman darauf hin, dass der Befehlshaber der US-Armee in Europa, General Ben Hodges, gerade die Ukraine besucht und ukrainische Soldaten ausgezeichnet und ihnen Ausbilder versprochen habe. Er tat dies außerhalb der NATO, sagte Friedman, weil die NATO-Mitgliedschaft eine 100-prozentige Zustimmung erforderte und die Ukraine riskierte, ein Veto einzulegen, so dass die USA auf eigene Faust vorgingen.

Was die USA seit langem gefürchtet haben, so Friedman, ist die Kombination von deutschem Kapital und deutscher Technologie mit russischen Ressourcen und Arbeitskräften. Die NordStream-Pipeline führe in diese Richtung, hin zu gegenseitigen Handels- und Sicherheitsvereinbarungen, die weder den Dollar noch die NATO benötigten.

„Für Russland“, so Friedman, „ist der Status der Ukraine eine existenzielle Bedrohung. Und die Russen können es sich nicht leisten, ihn aufzugeben.“ Für die USA hingegen ist er ein Mittel zum

Zweck: Russland von Deutschland zu trennen. Friedman schlussfolgerte, die große Frage sei, wie die Deutschen reagieren werden.

Bisher haben die deutschen Verantwortlichen wie die loyalen Manager eines Landes reagiert, das von den USA besetzt ist – was es auch ist.

Die Bedrohung durch die deutsche Friedensbewegung

Jedes Zeichen von Sympathie mit Russland wurde seit Beginn der russischen Invasion am 24. Februar 2022 so sehr verteufelt, unterdrückt, ja sogar kriminalisiert, dass die meisten deutschen Proteste zunächst jede Stellungnahme zum Krieg vermieden und sich auf die durch Sanktionen verursachten wirtschaftlichen Härten konzentrierten.

Doch am 25. Januar dieses Jahres gab Bundeskanzler Olaf Scholz dem Druck der USA nach und schickte deutsche Leopard-2-Panzer in die Ukraine, etwa zur gleichen Zeit, als die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) bei einem internationalen Treffen beiläufig erklärte, dass „wir einen Krieg gegen Russland führen“.

Das rüttelte die Menschen auf.

In großen und kleinen Städten in ganz Deutschland kommt es zu spontanen Demonstrationen mit Parolen wie „Ami Go Home!“, „Grüne an die Front!“, „Frieden schaffen ohne deutsche Waffen“. Die Redner verurteilten die Panzerlieferungen als „Überschreitung einer roten Linie“, warfen den USA vor, Deutschland in einen Krieg mit Russland zu zwingen, und forderten den Rücktritt Baerbocks.

Die Demonstrationswelle erreichte einen Monat später, am 25. Februar, ihren Höhepunkt, als sich bis zu 50.000 Menschen zum „Aufstand für Frieden“ in Berlin versammelten, zu dem zwei Frauen, die linke Politikerin Sahra Wagenknecht und die altgediente feministische Schriftstellerin und Herausgeberin Alice Schwartz, aufgerufen hatten.

Mehr als eine halbe Million Menschen unterzeichneten ihr „Manifest für den Frieden“, in dem sie Bundeskanzler Scholz aufforderten, „die Eskalation der Waffenlieferungen zu stoppen“ und sich für einen Waffenstillstand und Verhandlungen einzusetzen. Die Organisatoren forderten den Wiederaufbau einer massiven deutschen Friedensbewegung nach dem Vorbild der Anti-Atomraketen-Bewegung in den 1980er Jahren, die zur russischen Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung führte.

Der Aufbau einer Friedensbewegung in Deutschland steht heute jedoch vor vielen Hindernissen. Unter der militärischen Besatzung der USA seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs sind die deutschen Institutionen und Medien von amerikanischem Einfluss durchdrungen, ebenso wie die Rechtsordnung. Paradoxerweise scheint sich der transatlantische Griff der Amerikaner seit der deutschen Wiedervereinigung noch verschärft zu haben.

Überwachung von „Extremen“

Deutschland überwacht den politischen „Extremismus“ durch einen Inlandsnachrichtendienst, das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV). Obwohl Deutschland streng genommen keine Verfassung

hat, verfügt es über ein starkes Verfassungsgericht, das speziell dafür geschaffen wurde, einen Rückfall in die nationalsozialistischen Machtpraktiken zu verhindern.

Anstelle einer Verfassung ermöglichte ein von den westlichen Besatzungsmächten (USA, Großbritannien und Frankreich) 1949 genehmigtes Übergangsgrundgesetz der Bundesrepublik die Übernahme der Regierung Westdeutschlands. Nach der Wiedervereinigung wurde das Grundgesetz auf ganz Deutschland ausgedehnt.

Im Sinne des liberalen „Anti-Totalitarismus“ beobachtet das BfV sowohl den Links- als auch den Rechtsextremismus als potenzielle Bedrohung. Seit kurzem wird auch der „islamische Extremismus“ überwacht. Die zugrundeliegende politische Implikation ist, dass Rechtsextremismus nationalsozialistische Tendenzen bezeichnet, während Linksextremismus zum Kommunismus sowjetischer Prägung tendiert.

Diese politische Topographie des 20. Jahrhunderts stellt implizit „die Mitte“ als unschuldigen Mittelweg dar, in dem sich die Bürger wohlfühlen können. Selbst der radikalste Militarismus ist in diesem Schema der Dinge nicht „extrem“.

Artikel 5 des Grundgesetzes räumt dem Einzelnen das Recht auf Meinungsäußerung ein, doch das Strafgesetzbuch sieht zahlreiche Einschränkungen vor, darunter Strafen für „Aufstachelung zum Hass“, Rassismus, Antisemitismus und Gefängnisstrafen für die Leugnung des Holocaust. Verboten sind auch Propaganda oder Symbole „verfassungswidriger“ Organisationen, Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole, Blasphemie gegen etablierte Religionen und insbesondere die Missachtung der „Menschenwürde“.

Bei all diesen Gesetzen kommt es natürlich darauf an, wie sie interpretiert werden. Das Verbot der „Belohnung und Billigung von Verbrechen“ (§ 140), das ursprünglich für Verurteilungen wegen ziviler Gewaltverbrechen gelten sollte, wurde nun auf den geopolitischen Bereich ausgedehnt, nämlich auf das Verbot der „Billigung oder Unterstützung“ dessen, was als „Angriffskrieg“ bezeichnet wird.

Die Rede des Kriegsgegners Heinrich Bücker, der am 22. Juni letzten Jahres in Berlin anlässlich des Jahrestages des Überfalls der Nazis auf die Sowjetunion im Jahr 1941 zu guten Beziehungen zu Russland aufrief, wurde von einem Berliner Gericht wegen „Billigung des Verbrechens der Invasion Russlands“ verurteilt. In der Praxis kann jeder Versuch, die russische Position zu klären, indem auf die NATO-Erweiterung und die Angriffe des Kiewer Regimes auf den Donbass seit 2014 verwiesen wird, als eine solche „Billigung oder Unterstützung“ interpretiert werden.

Es erübrigt sich zu erwähnen, dass den Deutschen nie eine strafrechtliche Verfolgung drohte, weil sie die US-Invasionen in Vietnam, im Irak oder in Afghanistan gebilligt hatten, ganz zu schweigen von der völlig aggressiven und illegalen Bombardierung Serbiens im Jahr 1999, an der sie mit Begeisterung teilnahmen. Diese weithin als lobenswerter humanitärer Akt gefeierte Bombenkampagne, bei der Zivilisten getötet und die Infrastruktur zerstört wurden, zwang Serbien dazu, der NATO die Besetzung seiner Provinz Kosovo zu gestatten, wo die Amerikaner eine riesige Militärbasis errichteten. Ethnische albanische Rebellen erklärten ihre Unabhängigkeit, und Tausende von Nicht-Albanern wurden vertrieben.

Deutsche Polizei erzwingt Konformität mit der Mitte

Als sich die Demonstranten zur „Aufstand für den Frieden“-Demonstration in Berlin versammelten, erschien ein Organisator am Rednerpult und verlas eine lange Liste von Dingen, die von der Polizei verboten wurden. Die Liste umfasste zahlreiche Symbole oder Schilder mit Bezug zur Sowjetunion, Russland, Weißrussland oder dem Donbass, russische Militärlieder, die „Befürwortung des Angriffskrieges, den Russland derzeit gegen die Ukraine führt“, usw.

Am Vortag hatte die Berliner Polizei den Veranstaltern eine ausführliche Begründung für die Verbote zukommen lassen, in der es hieß, dass „die öffentliche Sicherheit unmittelbar gefährdet“ sei. Die Polizei teilte mit, dass nach ihren Informationen „die Teilnehmer Ihres Treffens hauptsächlich aus Personen mit einer altlinken, pro-russischen Grundeinstellung bestehen werden, die gegen die Waffenlieferungen der deutschen Regierung an die Ukraine, die Geopolitik des ‚Westens/der USA‘ und gegen die NATO im Allgemeinen sind“.

Die Polizei habe Grund zu der Annahme, dass das Treffen am 25. Februar „sehr heterogene“ Teilnehmer „mit eigenen Ansichten (Staatsdelegitimierer, Verschwörungsgläubige, Anhänger des Putin-Regimes usw.)“ anziehen werde, weshalb Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden müssten.

Der Querfront-Crash

Die Polizei verwies auf eine vergleichbare Versammlung einen Monat zuvor, am 27. Januar, deren Organisatoren von linken und antifaschistischen Gruppen vorgeworfen wurde, „Querdenker und Leute der rechten Szene bei ihrer Versammlung geduldet zu haben“. Ein Querdenker ist jemand, der die feindlichen Frontlinien zwischen links und rechts überschreitet, ein Vergehen, das „Querfront“ genannt wird, auch „rot-braun“ genannt.

Bemerkenswert ist, dass in Deutschland das Establishment, die Medien, das BfV und vor allem die Polizei den Begriff „Querfront“ mit der gleichen Abscheu aufgenommen haben wie die Antifa-Bewegung, wo er vorgeblich zur Durchsetzung der ideologischen Reinheit der Linken verwendet wird. Ursprünglich bedeutete er eine rechte Vereinnahmung linker Themen, um Linke zu faschistischen Vereinigungen zu verführen und zu verleiten. Die historische Grundlage des Begriffs liegt in den erfolglosen Koalitionsversuchen der Rechten in der späten Weimarer Republik in einem Kontext intensiver Rivalität zwischen starken nationalsozialistischen und kommunistischen Bewegungen, die um die Unterstützung der Arbeiterklasse wetteiferten, ganz anders als in der heutigen politischen Atmosphäre.

Da es weder eine starke nationalsozialistische noch eine kommunistische Bewegung gibt, wird der Begriff gegenwärtig verwendet, um jegliche Zusammenarbeit oder sogar Kontakte zwischen Linken und als „rechtsextrem“ bezeichneten Bewegungen oder Personen zu verurteilen. Diese Bezeichnung stützt sich häufig auf nicht viel mehr als die Ablehnung einer unbegrenzten Einwanderung, die als Rassismus angeprangert wird.

Nach diesem Maßstab ist die Oppositionspartei Alternative für Deutschland (AfD) (mit 78 von 736 Sitzen im aktuellen Bundestag) „rechtsextrem“. Da die meisten Bundestagsabgeordneten, die der Aufrüstung der Ukraine kritisch gegenüberstehen, entweder aus der Partei Die Linke oder der AfD kommen, verurteilt die Anti-Querfront-Wache eine breite, offene Antikriegs-Opposition im Voraus.

Subjektive Einschätzungen der Polizei

In der Warnung der Berliner Polizei vom 24. Februar heißt es: „Die Billigung des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges, den die Russische Föderation derzeit gegen die Ukraine führt, ist nach § 140 strafbar ...“ Eine solche Billigung kann nicht nur durch Worte, sondern auch durch eine Reihe von Zeichen und Symbolen zum Ausdruck gebracht werden. Insbesondere das Zeigen des Buchstabens „Z“ (der angeblich für den russischen Ausdruck za pobyedu – für den Sieg – steht) würde eine Straftat darstellen.

Noch weiter hergeholt ist, dass auch die Flagge der ehemaligen UdSSR kriminalisiert wird, denn, so die Polizei: „Die Flagge der UdSSR symbolisiert ein Russland in den Grenzen der ehemaligen Sowjetunion.“ Dies, so die Berliner Polizei, „wird von Experten als das eigentliche Wunschziel des russischen Präsidenten Wladimir Putin angesehen“ und erklärt seinen Angriff auf die Ukraine.

Die vorliegenden Beschränkungen richten sich ausdrücklich nicht gegen den Inhalt von Meinungsäußerungen, die im Rahmen des Art. 5 GG nicht unterbunden werden dürfen, sondern sollen inhaltlich verhindern, dass Ihre Versammlung in der Art und Weise, wie sie durchgeführt wird, geeignet oder bestimmt ist, Gewaltbereitschaft zu vermitteln und dadurch einschüchternd zu wirken, oder das sittliche Empfinden der Bürger und grundlegende soziale oder ethische Anschauungen in erheblicher Weise verletzt.

Eine vorsichtige Demonstration

Der „Aufstand für den Frieden“ bot letztlich keine Gelegenheit für Polizeieinsätze oder Verhaftungen. Wie das „Manifest für den Frieden“ vermieden auch die deutschen Reden weitgehend Hinweise auf die Provokationen der USA und der NATO, die zum Krieg geführt hatten.

Nur Jeffrey Sachs, dessen Eröffnungsrede in englischer Sprache über eine Leinwand in die Menge übertragen wurde, wagte es, über die Hintergründe der russischen Invasion zu sprechen: den Putsch in Kiew 2014, die Aufrüstung der Ukraine durch die USA, die Ablehnung von Friedensverhandlungen durch die USA, die Wahrscheinlichkeit, dass die USA für die Sprengung der Nord-Stream-Pipelines verantwortlich sind, und andere Fakten, die bestimmte Empfindlichkeiten verletzen könnten. Es bestand jedoch keine Chance, dass die Berliner Polizei Sachs verhaften würde, da er sich nicht in Deutschland aufhielt.

Die anderen Redner ignorierten weitgehend die Ursprünge des Krieges und konzentrierten sich stattdessen auf die Befürchtungen, wohin er führen könnte: ständige Eskalation der Waffenlieferungen, sogar ein Atomkrieg. Die riesige Menschenmenge war gegen die eisige Kälte und den leichten Schneefall eingepackt. Auf den Fahnen waren zumeist Friedenstauben abgebildet, und in den Slogans wurde zur Diplomatie aufgerufen, zu Friedensverhandlungen statt Waffenlieferungen, zur Vermeidung eines Atomkriegs. Neonazis und Rechtsextremisten wurden für unerwünscht erklärt und müssen verkleidet gekommen sein, da sie kaum zu sehen waren. Die gesamte Veranstaltung hätte kaum gesitteter und seriöser ablaufen können.

Angriffe auf Wagenknecht

Trotz all dieser Nettigkeiten wurden die Demonstration und ihre Organisatoren von Politikern und Medien heftig angegriffen. Sahra Wagenknecht ist eine populäre Figur, die aus ihrer schwindenden

Linkspartei (Die Linke) von führenden Politikern verdrängt wurde, die sich den zunehmend kriegerischen Grünen anschließen, in der Hoffnung, in linke Koalitionsregierungen aufgenommen zu werden.

Wagenknecht, die mit Oskar Lafontaine verheiratet ist, der als führender Sozialdemokrat in der Anti-Raketen-Bewegung der 1980er Jahre eine wichtige Rolle spielte, bereitet sich Gerüchten zufolge darauf vor, eine eigene Partei zu gründen. Damit würde sie eine klaffende Lücke in der gegenwärtigen deutschen Politikszene schließen: eine Antikriegspartei, die fest im linken Spektrum angesiedelt ist. Sie muss daher als die größte politische Bedrohung für die herrschende Koalition angesehen werden.

So wurde Wagenknecht heftig dafür angegriffen, dass ihre Anti-Kriegs-Reden im Parlament von Mitgliedern der AfD beklatscht wurden. Und obwohl sie die russische Invasion wiederholt als völkerrechtswidrig verurteilt hat, wurden andere Äußerungen von ihr als „nah am Narrativ“ des russischen Präsidenten Wladimir Putin beschrieben.

Trotz ihrer Zurückhaltung wird ihr vorgeworfen, den russischen Standpunkt zu „verstehen“, was nicht akzeptabel ist.

Der Journalist Markus Decker bezeichnete Wagenknecht in einer großen [Schlagzeile](#) als den einflussreichsten Feind der Demokratie in Deutschland. Wagenknecht, so schrieb er, „ist die personifizierte Verkörperung dessen, wovor Geheimdienstler seit Jahren warnen: die Verwischung der Grenzen zwischen den politischen Rändern und den Extremen.“

Ein Tweet von Sahra Wagenknecht: „Die Kundgebung vor dem Brandenburger Tor war ein großer Erfolg und die größte Friedenskundgebung seit Jahren. Versuche, sie herabzusetzen oder zu diffamieren, werden nicht funktionieren. Danke an alle, die gekommen sind!“

Mit anderen Worten: Sie sollte vom BfV als Förderin der gefürchteten Querfront überwacht werden. „Wagenknecht, die seit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine systematisch die Grenzen zwischen Diktatur und Demokratie verwischt, geht es nicht um Frieden. Es geht ihr darum, die Demokratie zu zerstören. Wagenknecht ist ihr wohl einflussreichster Feind in Deutschland“, schreibt Decker.

In den letzten Jahren, als die Feindseligkeit gegenüber Russland im Westen zunahm, hat sich das ausgrenzende Dogma der Antifa innerhalb der Linken verstärkt. Das Ergebnis ist, dass die Linke weniger daran interessiert ist, die Konservativen für sich zu gewinnen, als sie auszuschließen. Es handelt sich um eine Art essentialistische Identitätspolitik: Wer „rechts“ ist, muss von Natur aus ein unversöhnlicher Feind sein.

Es wird nicht darüber nachgedacht, dass vielleicht einige Menschen die Alternative für Deutschland wählen, weil sie sich von anderen Parteien, zum Beispiel der Linkspartei, im Stich gelassen fühlen. Das könnte besonders in Ostdeutschland der Fall sein, wo beide Parteien ihre Wurzeln haben.

Meinungsfreiheit in Gefahr

Am 15. März veröffentlichte eine Gruppe linker Künstler und Intellektueller eine Petition, die zur Verteidigung der freien Meinungsäußerung aufruft. Sie lautet:

Deutschland steckt in einer tiefen Krise. ... Desinformation und Manipulation der Bevölkerung bestimmen weitgehend die aktuelle Medienkultur. Wer die vorgegebene offizielle Meinung zum Ukraine-Krieg nicht teilt, sie kritisiert und dies öffentlich kundtut, wird diffamiert, bedroht und sanktioniert oder ausgegrenzt. ... In einer solchen Atmosphäre sind offene Debatten, der Austausch und die Darstellung abweichender Meinungen in Medien, Wissenschaft, Kunst, Kultur und anderen Bereichen kaum noch möglich. Eine wirklich freie Meinungsbildung durch Abwägen unterschiedlicher Argumente ist unmöglich. Voreingenommenheit und Ignoranz, aber auch Einschüchterung, Angst, Selbstzensur und Heuchelei sind die Folgen. Das ist mit der Menschenwürde und der persönlichen Freiheit unvereinbar.“

Im vergangenen Monat hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) ein neues Gesetz auf den Weg gebracht, das es ermöglicht, „Verfassungsfeinde“ durch einen einfachen Verwaltungsakt aus dem öffentlichen Dienst zu entlassen. „Wir werden nicht zulassen, dass unser demokratischer Rechtsstaat durch Extremisten von innen sabotiert wird“, sagte Faeser. Nach Ansicht des Deutschen Beamtenbundes sendet der Gesetzentwurf aber „eine Botschaft des Misstrauens an Arbeitnehmer und Bürger“.

Eine Kriegsatmosphäre soll eine Nation einen. Doch künstlich auferlegt, legt sie tiefe Gräben frei und schafft sie.